

Erich Reiter

Der Unsinn vom Rechtsradikalismus der FPÖ

Eine satirische Betrachtung

**Die neue FPÖ des Heinz-Christian (H.C.) Strache ist mehr
links als rechts, mehr chauvinistisch als nationalistisch
und mehr demagogisch als nur populistisch.**

Wien, März 2006

Der Autor dieses Essays war Träger des goldenen Parteiabzeichens der FPÖ, hat an mehreren Parteiprogrammen mitgearbeitet und war neben verschiedenen Funktionen in der Partei und im Vorfeld (z.B. Vorsitzender des RFS-Graz, Vorsitzender des Atterseekreises, Präsident des Liberalen Klubs) lange Zeit in der Politikberatung tätig.

Nach langen Überlegungen ist er nach der Übernahme der Obmannschaft durch Heinz-Christian (H.C.) Strache aus der FPÖ ausgetreten, weil die Hoffnung darauf, dass die FPÖ wieder das werden könnte, was sie sein sollte, endgültig geschwunden ist.

Nach seiner Kritik an der Strache-FPÖ musste der Autor auch als Präsident des Liberalen Klubs zurücktreten, weil in diesem Klub inzwischen die Strache-Anhänger die Mehrheit haben. (Warum sich dieser Klub noch „liberal“ nennt, ist unergründlich.)

Dieses Essay ist weniger eine Abrechnung mit der FPÖ, als die traurige Erklärung eines Abschiedes von der Illusion, dass aus der FPÖ wieder eine vernünftige und honorige Partei werden könnte.

Impressum

Eigentümer und Verleger:
Internationales Institut für liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Alle:
1010 Wien, Fleischmarkt 18/15
Wien, Jänner 2006

Die neue FPÖ des Heinz-Christian (H.C.) Strache ist mehr links als rechts, mehr chauvinistisch als nationalistisch und mehr demagogisch als nur populistisch.

Der FPÖ wird gerne das Attribut rechtsradikal oder rechtsextrem zugeordnet. Zuletzt hat sich auch der Begriff rechtspopulistisch eingebürgert. Aber so einfach ist das nicht; die alten Schablonen rechts und links passen nicht mehr. Die FPÖ ist sowohl rechtspopulistisch als auch linkspopulistisch. (Populismus ist laut Brockhaus eine opportunistische, oft demagogische Politik, die darauf gerichtet ist, durch Dramatisierung der politischen Lage die Massen zu gewinnen.)

Die FPÖ ist mehr links als rechts

Eine Partei, die *der* Hüter der Neutralität sein will, gegen Abfängler ist, gegen den Auslandseinsatz österreichischer Soldaten und wohl überhaupt gegen eine kriegsmäßige Ausrüstung des Heeres, ist in der Sicherheitspolitik nicht als rechtslastig einzustufen, sondern entspricht den typischen Vorstellungen linker Parteien. Das gilt auch, wenn die FPÖ die Diskussion über eine „Reichensteuer“ für vernünftig und Gebot der Stunde hält, von Raubtierkapitalismus spricht und überdies findet, dass das Dienstrecht der ÖBB nicht mehr verändert werden soll, weil die Bundesbahner schon genug gelitten hätten. Immerhin erklärt ein Generalsekretär der FPÖ, dass er sozialpolitisch links steht. Der Obmann Heinz-Christian Strache bezeichnet die FPÖ als die „soziale Österreichpartei“. Er erklärt sich nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch links; und wenn er sich als gesellschaftspolitisch sowie in Fragen der Sicherheit und Ordnung als rechts bezeichnet, fügt er hinzu, dass das (rechts sein) nichts Böses sei. Er spricht von einer asozialen Wirtschaftspolitik, die vom Neoliberalismus geprägt und gegen die fleißigen Bürger gerichtet sei. Die FPÖ hat also viel sozialistisches, stark linkspopulistische Züge. Sie ist die Wiederauferstehung der Partei des kleinen Mannes.

Besonders eifrig zeigt sich die FPÖ in der Verteufelung der EU. Sie übt nicht konkrete Kritik an der EU, so differenziert wird nicht vorgegangen. Basis der Agitation sind die Uninformiertheit der Bevölkerung und die europakritische Stimmung. Das soll ausgenutzt werden, und deshalb ist die EU laut Strache ein Frankenstein-Gebilde.

Auf der rechten Seite schreibt sich die FPÖ zugute, dass sie eine (soziale) Heimatpartei und der

Obmann ein österreichischer Patriot sei, und sie tritt für die Stärkung der inneren Sicherheit durch mehr Polizisten, Einrichtung einer Sicherheitswache nach bayrischem Vorbild und verstärktem Kampf gegen den Rauschgifthandel ein. Außerdem ist sie für eine strengere Einbürgerungspolitik, rigorose Asylantenpolitik, Minus-Einwanderung und für ein Ende des Familiennachzuges für Gastarbeiter. Zur „rechten“ Seite gehört auch die Kooperation mit den „patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“, zu denen die Front National, die Großrumänienpartei, die neofaschistische Azione Sociale oder der Vlaams Belang (als Nachfolger des verbotenen Vlaams Block) gehören. Und schließlich gehört dazu der militante Katholizismus à la Kurt Krenn, den der mutmaßliche Chefideologe der Partei, Ewald Stadler, vertritt.

Die Verteufelung der EU hat links- wie rechtspolitische Ansätze. Die linken politischen Ansätze sind: Die EU gilt als Vertreter des Neoliberalismus; in der EU-Verfassung sei – so Strache – die Aufrüstung festgeschrieben, gleiches gelte für militärische Kampfeinsätze im Ausland (sic!), was wiederum der österreichischen Neutralität widerspreche.

Es gibt aber auch die nationalistischen Ansätze, die rechts wie links sein können. Rechte sind zum Beispiel: „Heimat statt EU-Diktat“. „Unsere Euro-Milliarden (?) fließen nach Brüssel und verschwinden dort zum Teil in der Bürokratie und in irgendwelchen Taschen, und werden dann an die osteuropäischen Länder weiterverteilt.“ Und linke wie: Dass uns die Osterweiterung der EU Arbeitsplätze koste und wir uns vor den Ländern Osteuropas, die Steuerdumping betreiben, schützen sollten.

Das Anti-EU-Volksbegehren der FPÖ mit der Devise „Österreich bleib frei“ in politische Kategorien wie links oder rechts einzuordnen, ist hingegen schwierig, denn die FPÖ will Österreich retten, indem der Bestand der Neutralität garantiert, die EU-Verfassung sowie der EU-Beitritt der Türkei verhindert werden soll. Darüber hinaus wird der Austritt aus der EU unter bestimmten Umständen erwogen. Man kann darauf nicht näher eingehen, weil die Argumentation eine demagogische ist und keine sachliche – das Volksbegehren will eine Art „Schutzimpfung“ gegen den grassierenden EU-Unsinnvirus sein. Darüber hinaus sind die vorgebrachten „Sachargumente“ Unsinn.

Das Dritte Lager hat überlebt

Mit dem demagogischen und populistischen Wahlkampf in Wien hat das „Dritte Lager überlebt“. So betitelte Andreas Mölzer seinen Artikel in der Wochenzeitschrift „Zur Zeit“. Das mag stimmen, aber um welchen Preis? Jedenfalls ist es nicht die Rückkehr zur alten FPÖ vor Jörg Haider, wie Mölzers Vision suggerieren möchte. Denn es gelte, neue sachpolitische Kompetenzen zu erarbeiten und ein neues weltanschauliches Profil – unter Bezugnahme auf die historische Entwicklung der FPÖ. Die Freiheitlichen, so Mölzer, waren in den sechziger und siebziger Jahren eine politische Gruppierung von anerkannter Qualität (Anm.: oder sie wollten es zumindest werden). Nun müsse es gelingen, die FPÖ wieder zu einer qualitativ hochwertigen Partei mit intellektuellen Konzepten zu machen.

Wie aber soll das auf der Basis einer populistischen und demagogischen Partei gelingen, der die Intellektuellen keineswegs nachlaufen? Und was ist schließlich an geistigem Potenzial nach den Abspaltungen, Ausschlüssen und Austritten verblieben, um an die Zeit vor Haider anschließen zu können.

Wie war denn die FPÖ vor Haider?

Noch in der Ära des freiheitlichen Langzeitparteiobmannes Friedrich Peter schickte sich die FPÖ – oder besser: ein Teil ihrer Führung – an, zu einer modernen, offenen Partei zu werden, die insbesondere auch liberale Elemente enthalten sollte. Die Gründe dafür waren vielfältig: Einer war sicher der Wunsch, die Regierungsfähigkeit zu erlangen, zumal 1970 die Minderheitsregierung der SPÖ Bruno Kreisky von der FPÖ gestützt wurde, was neue Perspektiven für die FPÖ erschloss. Ein anderer Grund war sicher das Bedürfnis, aus dem Ghetto der Ewiggestrigen-Partei auszubrechen.

Die FPÖ war plötzlich ein wichtiger innenpolitischer Faktor geworden. Sie hat das auch sehr schnell erkannt und versucht, diesem Umstand Rechnung zu tragen, indem sie daran ging, jene Voraussetzungen zu schaffen beziehungsweise zu vervollkommen, die sie – nicht nur von der taktischen Konstellation, sondern auch von ihrer eigenen Ausstattung her – zu einem vollwertigen politischen Partner machen sollten. Letzteres war sie nämlich damals keinesfalls. Die FPÖ des Jahres 1970 war insbesondere hinsichtlich ihrer Programmatik noch relativ wenig entwickelt. Es fehlten ihr aber auch jene

Denker, Berater und Intellektuellen, die ihr das Image einer Partei mit Hintergrund verliehen hätten. Die FPÖ-Führung versuchte aus diesem Grund, jüngere, dem Liberalismus zugewandte Persönlichkeiten für die Mitarbeit in ihren Reihen zu gewinnen. Zugleich war sie auch bestrebt, die Weiterentwicklung ihrer Programmatik in liberalen Ebenen beziehungsweise die Entwicklung von die Grundsatzprogrammatik bereichernden Sach-, Aktions- und Handlungsprogrammen, die zeigen sollten, was ein Regierungspartner FPÖ anfangen und eventuell umsetzen könnte, zu forcieren.

Für all das war der „Atterseekreis“ das wichtigste Instrument. Er hatte für die FPÖ die Funktion einer Vorfeldorganisation, über die verschiedene Persönlichkeiten angesprochen werden konnten, denen gegenüber sonst kaum eine Möglichkeit der Kontaktnahme durch die Partei bestanden hätte. Die bedeutendste Leistung war die Entwicklung des „Freiheitlichen Manifestes zur Gesellschaftspolitik“, die freilich nicht ohne die Mitarbeit des Parteidenkers Tassilo Broesike oder die intellektuellen Anstöße eines Gerulf Stix möglich gewesen wäre. Seit diesem Zeitpunkt (1973) konnte die FPÖ als liberale Partei oder zumindest als Partei mit starken liberalen Elementen qualifiziert werden.

Im Rahmen des Atterseekreises, der bis zur ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ 1983 bis 1986 wirksam war, artikulierte sich auch ein Bedürfnis nach einer wesentlichen Verstärkung der internationalen Parteibeziehungen. So wurden über den Atterseekreis die Kontakte sowohl zu den Freien Demokraten in der BRD als auch zur Freisinnig-Demokratischen Partei in der Schweiz weiter entwickelt. Vor allem wurden aber die Beziehungen zur Liberalen Weltunion (seit 1977 Liberal International – LI) verstärkt. Die FPÖ war nämlich nicht Mitglied dieser liberalen Weltorganisation, da es einerseits Vorbehalte der LI gegenüber der FPÖ gab wie umgekehrt ursprünglich eine gewisse Abneigung der FPÖ-Basis gegen den internationalen Liberalismus vorhanden war.

In der Obmannschaft des als liberal und zugleich als gemäßigt national geltenden Alexander Götz wurde die FPÖ in die liberale Weltorganisation aufgenommen. Am Jahreskongress 1980 in Berlin wurde der neue FPÖ-Obmann Norbert Steger, ein Gründungsmitglied des Atterseekreises, als erster Österreicher zum Vizepräsidenten der LI gewählt. Auch in der Obmannschaft Haiders gehörte die FPÖ – dank der Verteidigung durch die deutsche FDP und insbe-

porzwirtschaft und gegen die Aufteilung des Staates unter den Parteien auftraten, traute man Haider zu, die Parteienherrschaft zu durchbrechen.

Dieses Ziel wurde mit dem Ende der großen Koalition und der blau-schwarzen Regierung 2000 auch erreicht. Aber in der Regierung versagte die FPÖ neuerlich.

Die Identität der FPÖ

Solange die FPÖ noch fünf Prozent hatte – also in der Zeit vor Haider – waren die 40 000 Mitglieder der Wählerschaft von damals 240 000 noch ähnlich. In der Zeit vor Haider gelang es der FPÖ nicht, neue Wählerschichten anzusprechen, obwohl sie den Weg in den politischen Liberalismus versuchte und in Vizekanzler Steger einen Parteiobmann hatte, der sich offen als Liberaler deklarierte.

1999 erreichte die FPÖ mit 47 000 Mitgliedern rund 27 Prozent beziehungsweise 1 244 000 Stimmen; die Wählerschaft wurde nicht mehr durch die Basis, also durch die Mitglieder und Funktionäre der unteren Ebenen repräsentiert. Trotz mehrerer Versuche zur Veränderung der Partei – man denke an die F-Bewegung 1995, an das Motto: „Von der Partei zur Bewegung“ 1996 oder an die Neugründung der FPÖ als „gläserne Partei“ 1998 – blieb die FPÖ organisatorisch und strukturell die alte Partei von ehedem.

Viele Funktionäre der FPÖ haben in der Zeit des Aufstieges ihrer Partei auch sich selbst einen Teil des Erfolges zugeschrieben und verkannt, dass dieser ausschließlich Haider zu verdanken ist, dem man – im Gegensatz zu FPÖ vor ihm – zutraute, tatsächlich gegen die schwarz-rote Proporzwirtschaft im Staate vorzugehen und mit der Arroganz der Mächtigen abzurechnen. Man hat damals Haiders FPÖ *trotz* ihrer Parteibasis gewählt. Die politischen Inhalte haben dabei gewechselt und sich an populären Fragen orientiert.

Die Basis blieb dabei ganz überwiegend „alt-freiheitlich“, wobei eine Gruppe von neuen Funktionären dazukam, deren Hintergrund zum Teil sozialistisch oder ÖVP-nahe war. Die FPÖ-Basis blieb abgesehen von ideologiefreien neuen Elementen überwiegend kleinbürgerlich-national-konservativ, verträumtidealistisch, und sie tat sich schwer mit der Realpolitik: Grundsatztreue und Pathos waren und sind das Motto, Kompromissfähigkeit und pragmatische Politik wurden und werden abgelehnt. Das ergibt in Summe Re-

gierungsunfähigkeit wenn nicht gar Politikunfähigkeit.

Nachdem Haider nach der Regierungsbeteiligung den Parteivorsitz abgegeben hatte, begann der Zerfallsprozess der FPÖ. Nur Haider selbst war imstande, die Parteibasis zu kontrollieren, und das auch nur so lange, als er Erfolg hatte.

Das Modell der Opposition in der Regierung, in dem Haider selbst den Oppositionellen beziehungsweise den Mahner und Forderer spielte, konnte diese Entwicklung nicht bremsen, denn schließlich steht die Gesamtpolitik einer Partei zur Bewertung – und diese wurde immer schwerer erkennbar. Die ständige Kritik der Parteibasis an der eigenen Regierung machte erkennbar, dass die FPÖ gar nicht fähig war, Politik zu betreiben. Knittelfeld, das Haider ja ohne seine Mitstreiter und ohne seinen Regisseur Stadler nicht hätte inszenieren können, hat schließlich die Haider-FPÖ gekippt. Seitdem war sie nicht – wie gelegentlich behauptet – auf der Suche nach neuen Ufern, sondern in einem permanenten Destabilisierungsprozess. Die Abspaltung des BZÖ war ein letzter Höhepunkt dieser Entwicklung.

Die FPÖ beschäftigt sich seither mit sich selbst, und die Basis hat mit Knittelfeld und dem permanenten Agieren gegen die Parteispitze ihre Politikunfähigkeit – von Regierungsfähigkeit ganz zu schweigen – eindrücklich unter Beweis gestellt.

Es ist aber durchaus verständlich, dass vor der Abspaltung des BZÖ wesentliche Teile der Parteibasis, die durch Stadler, Mölzer und Strache repräsentiert sind, nicht nur die Regierungstätigkeit bekämpften, sondern auch die Rückentwicklung der unter Susanne Riess-Passer pragmatisch gewordenen FPÖ zur traditionellen alten FPÖ vor dem großen Wachstum anstrebten, also zu einer deutsch-nationalen oppositionellen Partei – durchaus mit liberalen Elementen, wie sie auch die alte FPÖ hatte. Sie dachten wohl an eine Plus/Minus 10-Prozent-Partei. In einer solchen FPÖ hätten diese Kreise auch automatisch mehr Gewicht gehabt als in der 27-Prozent-Partei Haiders 1999 oder auch in der nach Meinungsumfragen 20 bis 22-Prozent-Partei der Ära Riess-Passer. Die Partei entwickelte sich im Richtungsstreit zwangsläufig dorthin, und die Gruppierung um Stadler, Mölzer und Strache wurde stärker. Um die Regierungsbeteiligung zu retten und in der Hoffnung – wie realistisch diese auch immer gewesen sein mag –, durch die Abspaltung eine „vernünftiger“ Basis für eine künf-

tige Parteientwicklung zu schaffen, kam es zur Gründung des BZÖ. Die Spitze hat sich praktisch von der - zugegebenermaßen weitgehend politikunfähigen - Basis (mit Ausnahme der Kärntner Basis) abgesprengt.

Dass dieser Schritt wirklich klug konzipiert war, darf bezweifelt werden. Zwar braucht man die FPÖ-Basis nicht, um politische Erfolge zu haben, aber es ist die Partei in ihrer Gesamtheit, die für Erfolge beziehungsweise für das vorhandene politische Potenzial steht. Deshalb hätte die Abspaltung in einem erkennbaren, allmählichen Prozess stattfinden müssen, um legitim zu erscheinen. Das BZÖ ist für Außenstehende und Wähler schwer fassbar und vermittelt keine Identität, kein Parteigefühl. Wofür steht die neue Partei außer für Haider? Und Haider ist stark abgenutzt, für die meisten ungläubwürdig geworden.

Die FPÖ geht zurück in die Vergangenheit

Der alten FPÖ blieb die Basis weitgehend erhalten, und sie ist nun das, was die FPÖ in den siebziger Jahren, vor dem Versuch des Aufbruchs in liberalere Dimensionen gewesen ist. Sie ist nicht nur rückwärts orientiert, sondern - im Gegensatz zu damals - auch total populistisch geworden. Populismus ist sogar zum Wesenszug der jetzigen FPÖ geworden - ob links oder rechts, spielt dabei keine Rolle. Und Strache will jetzt das politische Erbe Kreiskys antreten.

Kreiskys Basis als international relevanter Vermittler beruhte allerdings nicht so sehr auf der - von Strache wohl nicht ernsthaft angestrebten - Position des österreichischen Bundeskanzlers, sondern auf seiner Funktion in der Sozialistischen Internationale im Dreieck mit Willy Brandt und Olaf Palme. Den Einzug in die Sozialistische Internationale wird die FPÖ aber trotz allem Linkspopulismus nicht schaffen.

Nach der Spaltung der FPÖ im April 2005, der Abspaltung der ohnedies bereits vieler Köpfe beraubten Parteispitze mit dem Regierungsteam und dem (beinahe ganzen) Parlamentsklub blieb ein Parteikörper ohne Kopf zurück. Die FPÖ ohne Haider schien zuerst zutiefst angeschlagen, erholte sich aber dank eines populistischen Wahlkampfes bei den

Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 2005 erstaunlich gut.

Die Strache-FPÖ nahm und nimmt rechte wie linke Positionen ein, wenn sie sich Erfolg davon verspricht. Der Zweck heiligt alle Mittel, denn die Partei des Dritten Lagers muss überleben, war sie doch von ihrem Übervater Haider verraten worden. Die Gesinnung der „Gesinnungsgemeinschaft FPÖ“ bestand zuerst im Überleben um jeden Preis, dann im Vernichten der Haider-Partei BZÖ und schließlich im Wachsen um jeden Preis. Die Partei ist reiner Selbstzweck geworden. Der politische Inhalt kümmerert keinen mehr. Es geht um die Partei, und die ist, wie sie eben gerade ist. Wer ein anständiger Freiheitlicher ist, der steht zur Partei und fragt nicht, wofür diese steht.

Die FPÖ wird wohl so weiterfahren, wie sie im Wiener Wahlkampf erfolgreich war: Vereinfachung in der politischen Darstellung, Demagogie wo immer möglich, Populismus total, Überspringen von ideologischen Grenzen und von (ehemaligen) Grundsätzen, wann immer Wählererfolg möglich scheint. Notfalls kann man in der Kronenzeitung nachlesen, was „in“ ist.

Die Strache-FPÖ hat linke wie rechte politische Ideen inkorporiert, verweigert sich der realen politischen Situation, negiert die Tatsache der Globalisierung im Stile einer NGO und macht Propaganda gegen Europa, um die EU-kritische Stimmung auszunützen.

Die FPÖ ist eine chauvinistische Partei geworden, und darauf scheint sie stolz zu sein. Es wird groß hinausposaunt, dass sie für ihre Grundsätze „steht“. (H.C. Strache, dafür stehen wir.) Wofür auch immer, die FPÖ steht dafür und ist stolz darauf, dass sie für Populismus, Demagogie, Weltabgewandtheit und Realitätsverweigerung steht. Sie steht noch weit hinter jener FPÖ, die die im Atterseekreis vereinigten Personen vor 35 Jahren modernisieren wollten. Und da gab es seinerzeit tatsächlich die Überlegung beziehungsweise die Hoffnung, dass die FPÖ nach Haider wieder eine seriöse Partei werden könnte, dass sie wieder das werden würde, was sie unter Haider nicht sein konnte: die politische Vorkämpferin für ein Vereintes Europa.